

## Ratssplitter Prostatiker auf Inspektionstour

Sie sind beide zur Schule gegangen, und erst noch in dieselbe. «Das ist unsere erste Gemeinsamkeit», stellt **Martin Sailer** fest, nachdem **Karl Güntzel** über seine Schulzeit erzählt hatte. Eine lebenslange Schulfreundschaft hat sich daraus nicht entwickelt. Dafür liegen die beiden nicht nur altersmässig zu weit auseinander – Sailer hat Jahrgang 1971, Güntzel 1950. Auch politisch tun sie es. Sailer politisiert links in der SP, Güntzel rechts in der SVP. Die Gefahr weiterer Gemeinsamkeiten ist gering. (rw)

Speditivität und Qualität schliessen sich nicht aus. Das wüssten die Mitglieder des St. Galler Parlaments, sagt CVP-Kantonsrat **Andreas Widmer**. Doch wann ist parlamentarische Arbeit tatsächlich speditiv? «Karl Güntzel und ich haben unterschiedliche Vorstellungen davon – wohl aufgrund des Alters», erklärt Widmer. Zehn Jahre Unterschied können Welten bedeuten. (rw)

Das Gewerbliche Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen ist ein Sanierungsfall. Die vorberatende Kommission durch-



striefte die Räumlichkeiten, um sich ein Bild von den baulichen Schäden zu machen. Sogar in die Toilettenräume warfen die Mitglieder einen Blick. «Der Wasserdruck ist gering», sagt Kommissionspräsident **Linus Thalmann** und schiebt rasch nach: «In den Lavabos.» Ein Schelm, wer denkt, da seien Prostatiker auf Inspektionstour gewesen. (rw)

Beim Hundegesetz geht es um Animalisches, da wird auch mal die Sprache derb, wie diese Aussage von SP-Kantonsrat **Martin Sailer** zeigt: «Mein Hund frisst für 50 Franken jeden Monat und scheisst dreimal am Tag.» Da seien 10 Franken, die er an Hundesteuer mehr zahlen müsste, wenig. (kbr)

**Stefan Kölliker** verlässt mit einem Ziehkoffer den Ratssaal. Ein verfrühter Abgang für verspätete Osterferien? Kantonsratsvizepräsident **Daniel Baumgartner** gibt einen Hinweis: Bildungsdirektor Kölliker und Finanzchef **Benedikt Würth** nehmen an der GV der St. Galler Kantonalbank teil – von Amtes wegen. Bleibt die Frage, was im Koffer ist. (kbr)

ANZEIGE

**IHK**  
St. Gallen  
Appenzell

www.ihk.ch  
Katharina Lehmann, Inhaberin  
Blumer-Lehmann AG

**JA** zur Anpassung des  
Waffenrechts  
**JA** zu Schengen/Dublin



Die Spitalregion Fürstenland-Toggenburg steckt tief in den roten Zahlen.

Bild: Mareycke Frehner (Wattwil, 26. Juli 2018)

## «Es ist alarmierend»

**Spitäler** Die Regierung findet deutliche Worte für die finanzielle Situation in der Spitalregion Fürstenland-Toggenburg. Notkredite könnten ein Thema werden.

**Regula Weik**  
regula.weik@tagblatt.ch

«Alarmierend», «dramatisch», «virulent»: Die St. Galler Regierung ist nicht bekannt für eine übertriebene, auf Aufmerksamkeit und Schlagzeilen ausgelegte Wortwahl. Gestern überraschten ihre deutlichen Worte selbst hartgesottene Gesundheitspolitiker. In ihrer Antwort auf einen dringlichen Vorstoss spricht sie von einer «alarmierenden finanziellen Situation» in der Spitalregion Fürstenland-Toggenburg. Sie überprüfe laufend die Liquidität und die Notwendigkeit einer allfälligen Überbrückungsfinanzierung.

Bereits im März hatte FDP-Kantonsrat Walter Locher die Frage aufgeworfen, ob die Spital-

region Fürstenland-Toggenburg nicht längst die Bilanz deponieren müsste. In der gestrigen zu Ende gegangenen Aprilsession doppelten die Fraktionen von FDP und SVP nach. Die aktuellen Abschlusszahlen zeigten, dass einzelne Spitalverbände in nächster Zeit ihr Eigenkapital aufgebraucht hätten. Da stelle sich die Frage, ob Notkredite notwendig würden.

### «Beobachten nützt nichts mehr»

Die Frage eines Notkredits sei in der Spitalregion Fürstenland-Toggenburg tatsächlich «virulent», hält die Regierung in ihrer Antwort fest. Ob er notwendig werde, könne heute noch nicht abschliessend beantwortet werden. Eine Übergangsfinanzie-

rung sei aber nicht ausgeschlossen. Das könnte bedeuten, dass die Regierung mittels Dringlichkeitsrecht und allenfalls auch das Parlament die notwendige Liquidität der Spitalregion sicherstellen müssten.

Die Spitalregion Fürstenland-Toggenburg hatte vergangenes Jahr einen Verlust von gut 6 Millionen Franken geschrieben; für das laufende Jahr ist ein Defizit von 6,7 Millionen Franken budgetiert. Das Problem ist akut, die Situation sei dramatisch, hielt Finanzchef **Benedikt Würth** fest. Die Regierung hat denn auch bereits Ende vergangenen Jahres reagiert und eine Wertberichtigung ihrer Beteiligung im Ausmass von 8,2 Millionen vorgenommen – also abgeschrieben. Die Frage, wie sich die Spitäler künftig fi-

nanzieren sollen, sei mehr als berechtigt und drängend, so der Finanzchef. An die Adresse des Parlaments hielt er fest: «Sie werden handeln müssen.»

Beat Tinner, Fraktionspräsident der Freisinnigen, quittierte dies sogleich und forderte umgekehrt die Regierung auf, rechtzeitig zu handeln. Sie dürfe sich jetzt nicht «hinter laufenden Abklärungen und der Spitalkommission» verstecken. «Beobachten nützt in der aktuellen Situation nichts mehr, nun muss gehandelt werden», unterstützte ihn SVP-Kantonsrat **Karl Güntzel**. Und **Walter Locher** ergänzte: «Wir müssen auch in einem Wahljahr handeln.» Gesundheitschefin **Heidi Hanselmann** beruhigte die Exponenten von FDP und SVP: «Wir handeln.»

## Schärfere Regeln bei der Sozialhilfe abgelehnt

**Grundbedarf** Es war eine deutliche Absage an die SVP-Fraktion. Mit 72 zu 35 Stimmen ist das Parlament nicht auf ihre Motion «Sozialhilfe – Belohnen anstatt kürzen» eingetreten. So können im Kanton St. Gallen die Behörden unkooperativen Sozialhilfebezügern weiterhin den Grundbedarf um bis zu 30 Prozent kürzen. Die SVP wollte das System umdrehen: Alle Klienten sollten anfangs nur 70 Prozent erhalten – und für den vollen Betrag erst ihren «Integrationswillen» beweisen müssen (Ausgabe vom 9. April). Mit dem Grundbedarf sollen vor allem Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Körperpflege gedeckt werden. Im Kanton St. Gallen beträgt er 977 Franken, die SVP wollte ihn bei 684 Franken ansetzen. Jigme Shitsetsang, FDP-Kantonsrat und Sozialamtsleiter, nannte den Vorschlag «unschweizerisch». Hierzulande würden Bürger nicht unter Generalverdacht gestellt. **Karl Brändle** (CVP) betonte, ein Grossteil der Betroffenen habe keine Möglichkeiten, den Grundbedarf zu erhöhen, Kinder oder Kranke etwa. Die Regierung war klar gegen die Motion. Ob der St. Galler Entscheidung Signalwirkung hat, zeigt sich in wenigen Wochen: Dann stimmen die Berner über eine Kürzung der Sozialhilfe ab. (kbr)

## Pause, aber kein Abbruch

**E-Voting** In einer von Ratsmitgliedern von CVP, FDP, SP und SVP eingereichten dringlichen Motion wurde ein sofortiger Übungsabbruch beim E-Voting verlangt (Ausgabe vom Mittwoch). Der Rat hat sich dagegen entschieden. Die Regierung lehnte die Forderung ab. In ihrer Stellungnahme hielt sie fest, die in den letzten Monaten aufgetauchten Mängel im E-Voting-System seien überprüft und bewertet worden. Sie will einen Entscheid des Bundesrats zum System der Post abwarten. Bei der Abstimmung vom 30. Juni will sie auf den Einsatz des E-Voting Systems der Post verzichten. (sda)

## Parlament weist Präsidium in die Schranken

**Rückweisung** Tätigkeit des Parlaments 2014 bis 2018: Der Titel der Vorlage tönt unspektakulär. Ob ihr Inhalt Überraschendes oder gar Brisantes zu Tage gefördert hätte, bleibt offen. Das Parlament weigerte sich gestern, das Geschäft zu beraten. Der Bericht des Präsidiums sei ihm zu kurzfristig zugestellt worden, um sich seriös damit auseinandersetzen zu können.

Die Unzufriedenheit der Fraktionen war dem Präsidium bereits im Vorfeld des gestrigen zweiten Sessionstages zu Ohren gekommen. So ging es gleich selber in die Offensive: Es ziehe das Geschäft zurück und konsultiere in den nächsten Wochen auch die ständigen Kommissionen und die Fraktionen. Es sei nie die Idee gewesen, diese aussen vor zu lassen. Der Tätigkeitsbericht wird jeweils zur Mitte der Amtsdauer vorgelegt, und falls Bedarf be-

steht, unterbreitet das Präsidium dem Parlament auch Vorschläge, wie Organisation oder Verfahren verbessert werden könnten. Aktuell liegen nur wenige Änderungsvorschläge vor. Damit war klar: Das Geschäft geht mit «Konsultationsauftrag» zurück an den Absender, also das Präsidium.

Die Idee, eine vorberatende Kommission für das Geschäft einzusetzen, fand keine Mehrheit – «obwohl es schon etwas störend ist, dass hier das Gremium, welches die Vorlage ausarbeitet, diese gleich auch selber berät», wie es **Bettina Surber**, Co-Fraktionschefin von SP und Grünen formulierte. **Michael Götte** hielt als Sprecher das Präsidium dagegen: Eine vorberatende Kommission würde kaum ein besseres Resultat bringen als der konsultative Weg, der nun eingeschlagen werde. (rw)

## Entschuldigung mit Unterton

**Demonstration** Nach scharfer Kritik am Plakatschmuggel in den Ratssaal entschuldigt sich SP-Präsident **Max Lemmenmeier**.

Er sei «masslos enttäuscht», sagte CVP-Präsident **Patrick Dürr** gestern im Rat über **Max Lemmenmeier**. Er schätze den SP-Präsidenten sonst sehr, doch bis heute sei keine Entschuldigung erfolgt. «Seine 68er-Vergangenheit entbindet Kollege **Lemmenmeier** nicht von seinen Pflichten und Verantwortungen», sagte FDP-Präsident **Raphael Frei**. Dessen Verhalten sei eines Präsidenten «unwürdig». **Lemmenmeier** hatte während der Februarsession Jugendlichen geholfen, ein Transparent an der Sicherheitsschranke vorbeizuschleusen, wie unsere Zeitung publik machte (Ausgabe vom 13. April). Die Jugendlichen entrollten es im Kantonsrat und skandierten Parolen für den Klimaschutz. **Lemmenmeier** sprach in unserer Zei-

tung von einer «spontanen Aktion». Die Demonstranten seien mit dem Transparent nicht am Sicherheitsdispositiv vorbeigekommen. «Ich wollte den jugendlichen Elan nicht bremsen und nahm es zu mir.»

Im Rat sagte er gestern auf die Kritik hin, er sei «ausseror-

dentlich froh, von so vielen Vorbildern» umgeben sein zu dürfen. «Ich möchte mich ausserordentlich und in aller Form bei Ihnen entschuldigen und hoffe, wieder in diesen Kreis an Vorbildern zurückkehren zu dürfen.» Im Saal folgte eine kurze Stille, bevor die Kantonsratspräsidentin zum nächsten Punkt übergang.

Die Fraktionen von FDP, SVP und CVP-GLP hatten kurz nach der Aktion im Februar eine gemeinsame Interpellation eingereicht: «Demonstrationen im Kantonsratssaal – Gefährdung des Ratsbetriebs?». Im Parlament verteidigte gestern SP-Kantonsrat **Peter Hartmann** seinen Parteipräsidenten: «Es braucht manchmal eine Widerhandlung gegen Reglemente, um etwas zu erreichen.» (kbr)



**Max Lemmenmeier**, SP-Parteipräsident. Bild: Regina Kühne